

Die landesgeschichtliche Bedeutung der Königsberger Krönung von 1701

Jahrestagung der Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung
vom 14. bis 17. Juni 2001 in Greifswald

Für ihre diesjährige Jahrestagung hatte die Historische Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung nach Greifswald eingeladen. Vom 14. bis 17. Juni war die örtlichen Ernst-Moritz-Arndt-Universität Gastgeber. Die öffentlichen Vorträge, die am Freitagmorgen (15. Juni) begannen, standen unter dem Thema „Die landesgeschichtliche Bedeutung der Königsberger Krönung von 1701“. Der Kommissionsvorsitzende Bernhart Jähnig eröffnete die Tagung im Bürgerschaftssaal des Rathauses der Stadt. Ein Grußwort überbrachte der Greifswalder Psychologe Prof. Rainer Westermann in seiner Eigenschaft als Dekan der Philosophischen Fakultät. Er stellte in kurzen Worten seine Universität vor und wünschte einen guten Verlauf der Tagung.

Das 300jährige Jubiläum der Krönung des Kurfürsten Friedrich III. von Brandenburg zum ersten König in Preußen wurde aus der Position verschiedener Fachdisziplinen angegangen. Dariusz Makilla (Toruń/Thorn) begann mit „Die Souveränitätspolitik des Großen Kurfürsten und die weitere Entwicklung des Herzogtums Preußen bis 1701“, eine Betrachtung rechtshistorischer Grundlagen, insbesondere aus polnischer Sicht. Von grundlegender Bedeutung waren die im schwedisch-polnischen Krieg zwischen 1655 und 1660 geschlossenen Verträge. Der Große Kurfürst Friedrich Wilhelm nutzte die nach 1648 erworbene Schlüsselstellung seines Landes zwischen Polen, Schweden und Österreich durch eine aktive Außenpolitik und lavierte zwischen den Mächten. Nach den Anfangserfolgen Schwedens 1655/56 unterstellte er sich schwedischer Abhängigkeit (17.1.1656 in Königsberg), wenige Monate später wurde das Bündnis erweitert mit einer ausdrücklichen Zielrichtung gegen Polen (25.6.1656 in Marienburg). Das Kriegsglück wechselte jedoch, was die Lösung vom bedrängten Schweden (20.11.1656 in Labiau) und die Hinwendung zu Polen nach sich zog. Die geschwächte polnische Adelsrepublik war zu Zugeständnissen bereit, denn sie benötigte das Herzogtum an ihrer Seite, um den fortdauernden Krieg gegen Schweden erfolgreich beenden zu können. Österreich vermittelte. Es kam schließlich zu den Verträgen von Wehlau und Bromberg vom 16. September bzw. 6. November 1657. Wesentliche Bestimmung war die Lösung des seit 1525 bestehenden Lehensbandes, was im Frieden von Oliva vom 3. Mai 1660 bestätigt wurde. Vordergründig erscheint dies als zentraler Erfolg der herzoglich-preußischen Politik, ohne den die Krönung von 1701 nicht möglich gewesen wäre. Die genaue Ausdeutung der Vereinbarungen ergibt jedoch ein differenziertes Bild. So erkannte Polen in ihnen nicht die volle völkerrechtliche Souveränität des Herzogtums an, diese wurde vielmehr erst 1764 durch den Sejm ausgesprochen. Die eigene Schwäche zwang die Adelsrepublik seit 1656/1660, dem Machtzuwachs des preußischen Nachbarn ohnmächtig zuzusehen.

Eine stadthistorische Perspektive nahm Józef Włodarski (Gdańsk/Danzig) mit seinem Vortrag „Die Reaktion in Danzig auf die Königsberger Krönung von 1701“ ein. Dazu stellte er zunächst die Reaktionen der übrigen Mächte vor. In Polen weckte der Titel „König in Preußen“ weitgehende Befürchtungen, vor allem bezüglich Pommerellen, das dem polnischen König als eigentlichem Dux Prussiae unterstand, sowie bezüglich des Ermlandes. Der Adel betrachtete die Schaffung eines neuen preußischen Königtums als bewußte Provokation des Königlich-polnischen Preußen und befürchtete mittelfristig Eroberungspläne. Entsprechend protestierte der Sejm 1701 gegen die Krönung. König August II. (der Starke) jedoch gab in einem Geheimvertrag seine Zustimmung, und als König von Sachsen war er ganz offen einer der Garanten der Krönung. Zustimmung kam auch aus Wien von Kaiser Leopold I. Der Heilige Stuhl verhielt sich zunächst passiv. Der polnische Adel versuchte, einen päpstlichen Protest zu erreichen und beauftragte damit den Bischof von Ermland, Andrzej Chrysostom Zaluski, gleichzeitig Vorsitzender der Ständeversammlung im Königlich-polnischen Preußen. Der schließlich erfolgte Protest hatte jedoch andere Hintergründe (vgl. unten

zum Vortrag Samerski) und kam zudem erst nach der Krönung zustande. Danzig vertrat zunächst eine ähnliche Position wie der polnische Adel. Gelegentlich im Preußen königlich-polnischen Anteils und mit um 1700 ca. 50000 Einwohnern die größte und - durch erfolgreiche, von königlichen Privilegien begünstigte Wirtschafts- und Handelspolitik - reichste Stadt, war Danzig mit seinem eigenen Landtag weitgehend selbstständig und konnte gar eine eigene Außenpolitik betreiben. Die Stadt fühlte sich zunächst von dem erstarkten Nachbarn in ihrer Existenz bedroht und errichtete starke Befestigungen, mußte jedoch erkennen, daß diese in einem Kriegsfall der alleinige Schutz wären, denn die Bündnispartner England, Holland und Dänemark waren weit, und der eigene, polnisch-preußische König war zu schwach, um wirksam helfen zu können. Eroberungsängste bestanden aber auch gegenüber Schweden. Vor diesem Hintergrund näherte sich Danzig dem neuen preußischen König an. Im Schutze eines Neutralitätsbündnisses bewahrte die Stadt ihre Selbstständigkeit und konnte diese im großen Nordischen Krieg (1701-1721) trotz schwedischer Bedrängnis weitgehend behaupten.

„Die Bedeutung des Königsberger Traktats zwischen Peter d. Gr. und Kurfürst Friedrich III. von 1697“ war das Thema des Vortrags von Lothar Kotzsch (Berlin). Bei dem Traktat handelt es sich um einen Freundschaftsvertrag, er regelt vor allem Handelserleichterungen, Reisefreiheiten und zeremonielle Gleichbehandlung auf höchster Ebene zwischen den beiden Mächten. Der Vortrag beschäftigte sich vorwiegend mit aktuellen, soziologischen Perspektiven des Traktates, wobei der Vortragende engagiert von seinen persönlichen Erfahrungen im heutigen Kaliningrad berichtete. Lothar Kotzsch ist gebürtiger Königsberger und einer der letzten Studenten der Albertina vor 1945. Auf der Basis seiner Forschungen über „Königsberg in Preußen seit Peter dem Großen“ (Buchveröffentlichung, Berlin 1999, 22001) kam er nach der politischen Wende 1991 nach Kaliningrad, um am Ort seiner alten Universität zu lehren und mit den Studierenden - vorwiegend Offizierskindern - die Kenntnisnahme der historischen freundschaftlichen Beziehungen zwischen Rußland und Preußen für die politische Gegenwart nutzbar zu machen. Die nach einer Identität suchenden Studierenden nahmen die Bemühungen dankbar an. Bei einem zweiten Lehraufenthalt erfuhr der Vortragende jedoch zunehmende Ablehnung seitens des Rektors der Universität, wobei er politische Hintergründe vermutet. Nach seinem Eindruck ist es seitens der Moskauer Regierung unerwünscht, sich als Deutscher in die Diskussion um die heutige politische Entwicklung des Oblast Kaliningrad vor Ort einzuschalten.

Über „Wirtschaft und Konjunkturen des Herzogtums Preußen im Zeitalter der Königskrönung“ referierte Michael North (Greifswald). Er gab einen Einblick in ein Projekt, in dessen Verlauf in erster Linie der Export von Gütern aus den wichtigsten Hafenstädten Ost- und Westpreußens, Danzig und Königsberg, daneben auch Riga, betrachtet werden. Anhand der vorgeführten Beispiele Getreide, Dielen und Planken (Holz), Asche, Hanf und Flachs, dargestellt in Kurven über einen Zeitraum von zwei Jahrhunderten (17. und 18. Jh.), wurden erhebliche Unterschiede deutlich. Manche rasante Steigerung und mancher plötzliche Abfall einer Kurve kann die verschiedensten Ursachen haben, wichtig ist beispielsweise der Zustand des produzierenden Hinterlandes der jeweiligen Hafenstadt oder die Konkurrenz auf dem europäischen Markt. Kriegszeiten sind für die Wirtschaft immer Krisenzeiten. So zog z.B. der schwedisch-polnische Krieg eine solche nach sich, in Polen jedoch mit größeren Auswirkungen als im Herzogtum. Die Jahrhundertwende erweist sich in der Gesamtschau als eine Phase der auslaufenden Konjunkturen. Die Krise der Gutswirtschaft war jedoch überwunden; die Sanierung des in der Mitte des 17. Jahrhunderts noch maroden Staatshaushaltes zeigte wichtige Erfolge. Immerhin wurde ein Drittel des Haushaltes mit den Erträgen aus den Domänen gedeckt, ein Ausbleiben dieser Zahlungen hätte eine schmerzliche Lücke bei der Finanzierung der Krönung von 1701 offengelassen.

Die kirchen- und schulgeschichtliche Perspektive eröffnete Martin Lackner (Tecklenburg) mit seinem Vortrag „Das Collegium Fridericianum, eine pietistische Schulgründung in Königsberg“. Hintergrund dieses Themas ist die Krise der protestantischen Orthodoxie im 17. Jahrhundert und

die im gesamten deutschen Sprachraum einsetzende Gegenbewegung, der Pietismus, der als eine grundlegende Neubesinnung aus den Quellen, gar als eine neue evangelische Religion anzusehen ist. Unter dem Einfluß von Philipp Jacob Spener und August Hermann Francke setzte sich der Pietismus auch in Preußen immer mehr gegen die lutherische Orthodoxie durch, wobei aus staatlicher Sicht die damit verbundenen Unionsbestrebungen im Sinne einer Überwindung des Konfessionsgegensatzes von Interesse waren. Für Preußen, vor allem für das herzogliche Preußen wurde Theodor Gehr ein Bahnbrecher des Pietismus. Nach dem Vorbild der Franckeschen Anstalten in Halle gründete er in Königsberg eine zunächst private Lateinschule, für die er am 4. März 1701 das königliche Bestätigungsprivileg erhielt. Die Schule wurde jetzt staatlich bezuschußt, u.a. für den Neubau von Schulgebäude und Kirche; es war aber auch ein hohes Schulgeld zu entrichten. 1702 wurde Heinrich Lysius Rektor der Schule, und am 10. Mai 1703 erhielt sie den Namen Collegium Fridericianum zur Ehre des preußischen Königs. Friedrich I. blieb jedoch persönlich dem Pietismus fern, anders als sein Sohn und Nachfolger. Der in Bildungseinrichtungen wie diese in Preußen gefestigte Pietismus schuf ein neues Verhältnis zwischen König und Untertanen, zwischen Krone und Altar – wie weit dieser Einfluß reichte, wurde im Anschluß des Vortrags angeregt diskutiert.

Die Literaturgeschichte kam mit dem Vortrag von Axel Walter (Osnabrück), „Die Königsberger Krönung als literarisches Ereignis“, zu ihrem Recht. Dabei ging es um die Rezeption des Krönungsereignisses nicht in der schönen Literatur, sondern in dem großen, bislang nur unzureichend betrachteten Bereich der Gelegenheitsdichtung. Man kann diesbezüglich für das 17. und 18. Jahrhundert bereits von einer Massenproduktion sprechen, die alle Lebensbereiche der res publica litteraria zu beleuchten vermag. Die Krönung von 1701 ist das Ereignis, das auf dieser Ebene von den Zeitgenossen mit weitem Abstand am häufigsten in Huldigungsgedichten und ähnlichen Texten gefeiert wurde. Dies gilt insbesondere für das nähere Umfeld des Hofes, wo panegyrische Gratulationen in Form von Lyrik, oft verbunden mit Musik, aber auch in Form von Reden, Predigten und anderer Prosa entstanden. Gerade hier war die äußere Form oftmals eine prächtige. In den Städten wurden vor allem von Universitäten, studentischen Korporationen und anderen Institutionen Huldigungstexte verfaßt, häufig anonym. Wichtige Druckorte waren an erster Stelle Königsberg, danach Berlin und Köln, darüber hinaus manche Stadt im übrigen Europa. Als sachliche Grundlage für viele Texte hatte das Theatrum Europaeum die Krönung ausführlich dokumentiert. Die „Preußische Krönungsgeschichte“, verfaßt vom höfischen Zeremonienmeister Johann von Beßer (2. Auflage 1712), vermochte die Sensationslust der Zeitgenossen auf 41 Folioseiten angemessen zu befriedigen. Die Prunk- und Inszenierungssucht des Königs Friedrich I. spiegelt sich hier wider, erscheint überhaupt als ein wichtiges Movens für die Krönung von 1701.

Außerhalb des Tagungsthemas informierte Peter Letkemann (Berlin) in einem Kurzreferat „100 Jahre Staatsarchiv Danzig“ über die Geschichte dieses Hauses bis 1945, indem er weitgehend seinen Vortrag vom 8. Juni 2001 auf der Tagung in Danzig zum 100jährigen Gründungsjubiläum des Staatsarchivs wiederholte. Die Hauptstadtfunktion Danzigs für Westpreußen ließ unter den Danziger Stadtvätern, unterstützt von Landeshistorikern, vor 100 Jahren den Wunsch nach etwas völlig Neuem aufkommen, einem überregionalen Staatsarchiv für Westpreußen. Nach einem gescheiterten Ansatz auf der Marienburg kam es zur Gründung 1901 in Danzig, nachdem die Einbringung der städtischen Archivalien und die Finanzierung des zu bauenden Archivgebäudes gesichert war. Erster Leiter wurde Max Bär, der eine methodische Einteilung der Bestände nach Provenienzen verwirklichte. Das bis 1914 gut geordnete Archiv wurde nach Beschränkungen in den Kriegsjahren nach 1918 zu einem Politikum: Polen, Preußen und Danzig erhoben Ansprüche auf einzelne Teile - ein Streit, der sich bis 1939 hinzog. Der preußische Staat konnte in der Zwischenkriegszeit sein Eigentumsrecht durchsetzen und betrieb eine Aufteilung der Archivs. Nach Kriegsausbruch hieß das Haus „Reichsarchiv Danzig“, und die Abgaben sollten rückgängig gemacht werden. Kriegsbedingt kam es jedoch ab 1942 zu Auslagerungen, die zum Teil chaotisch verliefen. Bis heute ist ein Teil der Bestände nicht mehr auffindbar.

Am Samstag (16. Juni) wurde die Tagung im Konzilsaal der Universität Greifswald fortgesetzt. Christofer Herrmann (Allenstein/Greifswald) begann mit einem bauhistorischen Thema: „Der Umbau des Königsberger Schlosses durch Johann Ludwig Schultheiß von Unfriedt (1702/04)“. Zur Zeit der Krönung von 1701 stellte das Königsberger Schloß keinen einheitlichen Baukörper dar. Anhand von Plänen und Zeichnungen kann man Bauten aus der Ordenszeit (um 1400) und aus der frühen herzoglichen Zeit (um 1560) unterscheiden, insbesondere der Westflügel des herzoglichen Schlosses stand seitdem fast unverändert bis 1701. Die Krönung fand also im Rahmen einer stark veralteten Architektur statt, die in krassem Gegensatz zu dem nunmehrigen Königsschloß in Berlin stand, das dem barocken Repräsentationsbedürfnis der Zeit voll entsprach. Mit einem entsprechenden Umbau des Krönungsschlosses wurde nun der Königsberger Unfriedt beauftragt. Eine neue, repräsentative Ausgestaltung sollte vor allem der Ostflügel erhalten, wobei Unfriedt seine Pläne, mit denen er relativ viel vom alten Baukörper erhalten wollte, unter Einfluß des Königs zugunsten eines kostspieligen Übergewichts von Neubauten revidieren mußte. Diese Pläne wurden ab 1705 umgesetzt. Nach dem Tod Friedrichs I. war jedoch erst das südliche Drittel des Ostflügels fertig, und nach heftiger Kritik wurden die Baumaßnahmen 1712 eingestellt. In dieser Form stand der Ostflügel im wesentlichen unverändert bis zur Sprengung des Schlosses 1969. Die Forschung hat bisher keinen Vergleich der barocken Umbauten des Königsberger Schlosses mit zeitgenössischen Schloßbauten vorgenommen. Mit Blick auf das Schlüter-Schloß in Berlin berichtete der Vortragende von ersten Erkenntnissen.

Am Schluß der Tagung standen zwei kirchenhistorische Vorträge. „Der Heilige Stuhl und die preußische Königserhebung“ war das Thema von Stefan Samerski (München/Leipzig). Im Mittelpunkt seiner Ausführungen stand das päpstliche Breve vom 16. April 1701, mit dem die Kurie gegen die preußische Königskrönung protestierte, und das komplizierte diplomatische Verwirrspiel im Umfeld dieses Breves. Im Hintergrund stand der Versuch, den brandenburgischen Kurfürsten zur Konversion zu bewegen, ein Projekt unter Beteiligung des ermländischen Bischofs Zaluski. Wichtiger sind jedoch die über Preußen hinaus gehenden politischen Umstände. Frankreich und Österreich stritten sich um das Erbe der spanischen Krone und bekriegten sich in Norditalien. Der Heilige Stuhl saß zwischen den Fronten und lief Gefahr, bei einseitiger Parteinahme in existentielle Nöte zu geraten, daher verfolgte er in dieser Zeit eine strikte Neutralitätspolitik. Das Protestbreve ist vor diesen Hintergründen nicht alleine als an Preußen adressiert zu betrachten, sondern stellt eine Demonstration päpstlicher Autorität mit deutlichem Appellationscharakter gegenüber Wien und Paris dar. Der Heilige Stuhl verweigerte in der Folgezeit die offizielle Anerkennung der preußischen Königskrönung, worin es ihm nur der Deutsche Orden gleich tat. Erst um 1750 verlor sich die demonstrative Bezeichnung des preußischen Königs als Markgraf von Brandenburg seitens der Kurie, nachdem 1748 erstmals von einer „königlichen Person“ die Rede gewesen war.

Der Deutsche Orden wurde von Friedrich Vogel (Wien) mit „Die preußische Königskrönung und der Deutsche Orden“ eigens thematisiert. Der Orden hatte durch den Abfall des preußischen Ordenszweiges 1525 zwar die reale Macht verloren, nicht jedoch den Anspruch auf die Landesherrschaft in Preußen aufgegeben und fand darin schon früh Unterstützung bei Kaiser und Reich. Der offizielle Titel des Hoch- und Deutschmeisters war u.a. der eines „Administrators des Hochmeistertums in Preußen“, was ihm in den Wahlkapitulationen eines neuen Kaisers und auf den Reichstagen immer wieder aufs Neue bestätigt wurde. Die vom Großen Kurfürsten in den Verträgen von Wehlau und Oliva erworbene Souveränität hatte bereits einen verstärkten Protest gegen den Titel „Herzog in Preußen“ zur Folge gehabt, und im Umfeld der Krönung erreichten die formalen Proteste einen Höhepunkt, wobei sich vor allem der Hochmeister Franz Ludwig von Pfalz-Neuburg engagierte. Damit wurde er jedoch vom Kaiser Leopold (seinem Schwager) allein gelassen, da sich dieser in der spanischen Frage der Unterstützung Preußens versichern wollte. Auch andere Funktionsträger im Reich wie der Mainzer Erzbischof erkannten die Krönung letztlich an (Mainz: 1703), obwohl sie auf den Reichstagen die Position des Ordens unterstützten. Der Vortragende belegte mit einer Vielzahl neuer Quellenfunde den formalen Erfolg des Deutschen

Ordens, auf dieser Ebene keine Präjudiz in der preußischen Frage zuzulassen - bis ins frühe 19. Jahrhundert hinein.

Einige Programmpunkte ergänzten die Jahrestagung, wobei der Tagungsort im Zentrum des Interesses stand. Am Freitagabend konnte die Gemäldesammlung des Pommerschen Landesmuseums besichtigt werden, das in seinen übrigen Teilen noch nicht fertiggestellt ist. Am Samstag wurde unter Leitung des Greifswalder Fremdenverkehrsamtes eine Stadtrundfahrt durchgeführt, anschließend wurde das nahegelegene Fischerdorf Wieck und die Ruine des Zisterzienserklosters Eldena besucht. Kommissionsmitglied Jochen D. Range, auf dessen Initiative die Tagung in Greifswald stattgefunden hat, ermöglichte schließlich eine Führung durch die historischen Räume der Ernst-Moritz-Arndt-Universität durch eine seiner Studentinnen. Auf lebhaftes Interesse stieß hierbei der abschließend vorgeführte Karzer.

Eine Veröffentlichung in einem Band der Reihe "Tagungsberichte der Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung" ist vorgesehen.

Kontaktanschrift: Dr. Bernhart Jähnig, Karolinenstraße 1, D-14165 Berlin.

Georg Cox

© Arbeitsgemeinschaft außeruniversitärer historischer Forschungseinrichtungen
in der Bundesrepublik Deutschland e.V., 2001.
Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung der AHF.
Heruntergeladen von www.ahf-muenchen.de.